

NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt

Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 28.05.2004, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann,
Christine
Herr Stadtrat Biver, Nico
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte
Herr Stadtrat Dr. Kahle, Franz
Herr Kemmler, Jan
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.
Marlis
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz
Frau Wölk, Marianne
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon
Herr Aab, Peter
Herr Acker, Matthias
Herr Becker, Reinhold
Frau Brahms, Karin -entschuldigt-
Herr Chatzievgeniou, Pandelis
Frau Daser, Dagmar
Herr Hussein, Schaker
Frau Lotz-Halilovic, Erika
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,
Heinrich
Herr Meyer, Uwe
Herr Dr. Musket, Ralf
Frau Schlüter-Böhm, Julia
Frau Schröter, Roxane -entschuldigt-
Frau Schulze-Stampe, Ursula
Frau Seelig, Johanna
Frau Sell, Sonja
Herr Severin, Ulrich
Frau Dr. Weinbach, Kerstin
Frau Dersch, Christine
Frau Gottschlich, Hannelore
Herr Heck, Hermann
Herr Heubel, Christian
Frau Kaufmann, Anita -entschuldigt-
Herr Kissel, Winfried
Herr Lohse, Ingo
Frau Mehnert, Ute
Frau Dr. Pötter, Claudia
Herr Rehlich, Jürgen

Frau Rising Hintz, Gunilla
Frau Röhrkohl, Anni
Frau Schaffner, Karin
Herr Scherer, August -entschuldigt-
Herr Usinger, Alexander
Herr Dr. Wulff, Reimer
Frau Dr. Baumann, Petra
Herr Flohrschütz, Rainer
Herr Götting, Dietmar
Herr Keller, Manfred
Frau Lakner, Anna Katharina
Frau Laßmann, Alev
Herr Markus, Jürgen
Frau Neuwohner, Elke
Frau Perabo, Dr. Christa -entschuldigt-
Herr Schäfer, Wolfram -entschuldigt-
Frau Gottschaldt, Eva Christiane
Frau Kolter, Astrid -entschuldigt-
Herr Köster-Sollwedel, Henning
Herr Metz, Peter -entschuldigt-
Frau Richter, Anke
Herr Faecks, Fridhelm
Herr Schwindack, Frédéric
Herr Zaun, Herbert
Frau Oppermann, Anne
Herr Röllmann, Jan-Bernd
Frau Schwebel, Gerlinde -entschuldigt-
Herr Wüst, Wilfried -entschuldigt-
Herr Dr. Huesmann, Gregor
Herr Ludwig, Heinz

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

- 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden
- 2 Genehmigung der Niederschrift
- 3 Ergänzungen der Tagesordnung
- 4 Fragestunde
- 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Markus (Nr.1 05/04)
Vorlage: VO/0373/2004
- 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna-Katharina Lakner (Nr.2 05/04)
Vorlage: VO/0374/2004
- 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr.3 05/04)
Vorlage: VO/0366/2004
- 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.4 05/04)
Vorlage: VO/0367/2004
- 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.5 05/04)
Vorlage: VO/0388/2004
- 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Alexander Usinger (Nr.6 05/04)
Vorlage: VO/0368/2004
- 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordnete Eva Christiane Gottschaldt (Nr.7 05/04)
Vorlage: VO/0343/2004
- 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ursula Schulze-Stampe (Nr.8 05/04)
Vorlage: VO/0385/2004
- 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr.9 05/04)
Vorlage: VO/0369/2004
- 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr.10 05/04)
Vorlage: VO/0375/2004
- 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr.11 05/04)
Vorlage: VO/0376/2004
- 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.12 05/04)
Vorlage: VO/0358/2004
- 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.13 05/04)
Vorlage: VO/0377/2004
- 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.14 05/04)
Vorlage: VO/0378/2004
- 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alev Laßmann (Nr.15 05/04)
Vorlage: VO/0371/2004
- 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.16 05/04)
Vorlage: VO/0382/2004
- 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr.17 05/04)
Vorlage: VO/0384/2004
- 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.18 05/04)
Vorlage: VO/0372/2004
- 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.19 05/04)
Vorlage: VO/0386/2004
- 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.20 05/04)
Vorlage: VO/0379/2004
- 5 Übernahme einer Bürgschaft für die GeWoBau
hier: 147.000 € für das Solarstromprojekt
Vorlage: VO/0355/2004
- 6 Wahl eines Mitglieds der Betriebskommission des DBM
Vorlage: VO/0306/2004
- 7 Neuwahl der Schöffen für die Periode 2005 - 2008
Vorlage: VO/0339/2004
- 8 Erweiterung der zweijährigen Fachoberschule für Sozialwesen an der Käthe-Kollwitz-Schule um die Organisationsform A (Jahrgangsstufen 11 und 12)
Vorlage: VO/0158/2004

- 9 Erweiterung der Fachoberschule an der Adolf-Reichwein-Schule (ARS) in Form A und B um den Schwerpunkt Gestaltung zum Schuljahr 2005/06
Vorlage: VO/0248/2004
- 10 Eröffnungsbilanz des Fachdienstes Bäder zum 01.01.2003
Vorlage: VO/0326/2004
- 11 Dringlichkeitsanträge
- 12 Anträge der Fraktionen
- 12.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. 'Aktion saubere Schule'
Vorlage: VO/0270/2004
- 12.2 Antrag der BfM-Fraktion betr. Hohe Leuchte / Umdrehen der Vorfahrtsberechtigung
Vorlage: VO/0299/2004
- 12.3 Antrag der BfM-Fraktion betr. DB / RMV -Flughafen-Express (Frankfurt/Main - Airport-Express)
Vorlage: VO/0300/2004
- 12.4 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Bushaltestelle Frankfurter Straße
Vorlage: VO/0322/2004
- 12.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrsanbindung höher gelegener Wohngebiete
Vorlage: VO/0327/2004
- 12.6 Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Abschaffung der Berufsschulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag
Vorlage: VO/0328/2004
- 12.7 Antrag der PDS-Fraktion betr. Rampe für Kinderwagen und Rollstühle am Südbahnhof
Vorlage: VO/0338/2004
- 12.8 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Öffentlicher Personennahverkehr
Vorlage: VO/0346/2004
- 12.9 Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Unterstützung der Proteste gegen Rechtsextremisten
Vorlage: VO/0347/2004
- 12.10 Antrag aller Fraktionen außer MBL betr. Gender Mainstreaming
Vorlage: VO/0351/2004
- 13 Kenntnisnahmen
- 13.1 Bewerbung für den Hessischen Familientag 2005
Vorlage: VO/0340/2004
- 13.2 Haushalt 2005
hier: Eckwerte und Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: VO/0332/2004

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. April 2004 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Ebenso die umfangreiche Bandabschrift zur Debatte über den Marktfrühschoppen.

Einwendungen gegen die Niederschrift und die Bandabschrift werden nicht vorgetragen.

Beide Dokumente werden in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 **Ergänzungen der Tagesordnung**

Aus dem Hause wird ein Dringlichkeitsantrag vorgelegt:

FDP/BfM-Fraktionen betreffend:

Außerplanmäßige Ausgabe für den Umbau „Kaffee Trauma“ und Anbau „TNT“.

Der Dringlichkeitsantrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Stadtverordnete Röllmann – FDP-Fraktion begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich.

Nach diesem Wortbeitrag beantragt der Stadtverordnete Becker – SPD-Fraktion ein Wortprotokoll des Redebeitrages des Stadtverordneten Röllmann. Dagegen wird nicht gesprochen. Folglich wird wie vorgeschlagen verfahren.

Weiter zur Sache sprechen der Bürgermeister, sowie der Oberbürgermeister.

Der Stadtverordnete Göttling – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht gegen die Dringlichkeit des vorgelegten Antrages. Wegen eines unparlamentarischen Ausdruckes rügt der Stadtverordnetenvorsteher den Stadtverordneten Göttling. Dieser nimmt sodann den unparlamentarischen Ausdruck zurück.

Die CDU-Fraktion tritt im Rahmen des Verfahrens dem Dringlichkeitsantrag bei. Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Dringlichkeit abstimmen. Die Dringlichkeit wird unterstützt durch die Stadtverordneten der CDU, FDP, BfM und MBL. Damit ist das von der Hessischen Gemeindeordnung erforderliche Quorum von 40 Stimmen jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Anschließend spricht der Stadtverordnetenvorsteher zur Tagesordnung und berichtet aus der Sitzung des Ältestenrates. Es wurde vereinbart, in der heutigen Stadtverordnetenversammlung keine weiteren Debatten durchzuführen, da alle Tagesordnungspunkte in den Ausschüssen umfangreich und abschließend beraten wurden. Dennoch ist es sicherlich als Ausnahme anzusehen, dass eine Stadtverordnetenversammlung ganz ohne Aussprachen durchgeführt wird.

Aus dem Hause wird der Wunsch nach zwei Erläuterungen vorgetragen:

1. Der Stadtverordneter Dr. Wulff weist darauf hin, dass die Stadtverordnete Gottschlich – CDU_Fraktion den Begriff „Gender Mainstreaming“ gerne erläutern würde. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.
2. Der Stadtverordneter Ludwig – BML-Fraktion erläutert, dass der Stadtverordnete, Dr. Huesmann eine Erklärung zu dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion zum Tagesordnungspunkt 12.10 abgeben möchte.

Dies gilt so als vereinbart.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Markus (Nr.1 05/04) Vorlage: VO/0373/2004**

Während der Fragestunde übernimmt um 17:50 der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff – CDU-Fraktion die Sitzungsleitung.

Was ist aus dem Auftrag des Stadtparlaments geworden, in Zusammenarbeit mit den Anliegern und Gewerbebetreibenden eine weitergehende Verkehrsberuhigung von Reitgasse und Marktgasse zu besprechen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Laut Auszug aus der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg vom 21.06.2002 wird der Magistrat aufgefordert, Barfüßerstraße und Marktgasse an Samstagen von 10-16h für den Autoverkehr zu sperren und entsprechende Kontrollen durchzuführen.

Derzeit ist das Befahren der genannten Straßen täglich von 11-18h (samstags 10-18h) und von 20-6h nur für Inhaber einer Oberstadtplakette gestattet. Diese Regelung wurde nach langen Diskussionen und Widerspruchsverfahren in Zusammenarbeit mit Anwohnern und Geschäftsleuten der Oberstadt eingeführt.

Die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen (Oberstadtplaketten) wird gemäß der Satzung restriktiv gehandhabt, so dass nur Anwohner und Geschäftsinhaber aus diesem Bereich sowie andere Verkehrsteilnehmer, die ein unabweisbares Bedürfnis nachweisen können, die Straße während dieser Zeit befahren dürfen. Eine komplette Sperrung mit Schranke und einer notwendigen Überwachung durch Hilfspolizeibeamte wie an den Samstagen vor Weihnachten erscheint rechtlich bedenklich und unverhältnismäßig, da dann auch die Inhaber von Oberstadtplaketten z.B. ihre privaten Stellplätze und Wohnungen in diesem Bereich nicht anfahren dürfen.

Auf Veranlassung von 03 wurde ein Teil der Blumenkübel in der Barfüßerstraße entfernt, so dass dort noch zusätzliche Möglichkeiten zum Abstellen von Fahrzeugen entstanden sind. Diese zusätzlichen Abstellmöglichkeiten stehen nicht im Einklang mit einer intensiveren Verkehrsberuhigung.

Eine Änderung der derzeitigen Verkehrsregelung ist nicht beabsichtigt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Markus – Bündnis 90/Die Grünen, Lakner – Bündnis 90/Die Grünen und Köster – PDS/ML werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.2 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna-Katharina Lakner (Nr.2 05/04)**
Vorlage: VO/0374/2004

Wie ist der Stand der Ausarbeitung der Schulwegepläne?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Grundschulen der Stadt Marburg verfügen mit einer Ausnahme über Schulwegepläne. Diese sind aktuell, werden jeweils den Gegebenheiten angepasst und insbesondere im Unterricht kommuniziert.

Die anderen Schulen sehen nach wie vor keine sachliche Notwendigkeit, einen Schulwegplan zu erstellen.

Die Erstellung eines Schulwegplanes obliegt der Schulleitung. Die Schulen argumentieren dahingehend, dass in den weiterführenden Schulen die Schüler/innen zumeist mit dem ÖPNV anreisen und somit nur ein eng begrenzter Schulweg vorhanden ist.

Damit verbundene mögliche Gefahrenstellen werden in der Schule besprochen, insbesondere in den Einführungswochen der Jahrgangsstufen 5.

Die Dienststellen der Stadt, dazu gehören die Straßenverkehrsbehörde, die Bauverwaltung und der Fachdienst Schule, unterstützen die Schulen in den unterschiedlichen Bereichen der Schulwegsicherung.

zu 4.3 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr.3 05/04)**
Vorlage: VO/0366/2004

Hirsefeldsteg: Kann der Magistrat Auskunft geben, was die Unterhaltung des alten Steges in den nächsten 20 Jahren Kosten wird und wie viel Unterhaltungskosten für einen neuen Steg zu erwarten sind?

Was würde ein Neubau kosten und mit welcher Zuschusssumme wäre zu rechnen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die jährlichen Unterhaltungskosten des bestehenden Hirsefeldsteges betragen: ca. 21.000,- €. Zusätzlich zu berücksichtigen ist allerdings, dass in den nächsten 20 Jahren ein erheblicher Sanierungsaufwand (Stützpfeiler mit Fundamenten,

Diagonalstreben unter Demontage nahezu ganzer Brückenfelder) zu finanzieren wäre, der nicht in den 21.000,-- € enthalten ist.

Die jährlichen Unterhaltungskosten eines neuen veränderten Steges in der geplanten Bauweise würden nach dem Neubau ca. 12.000,-- € betragen, obwohl der neue Steg doppelt so breit wäre wie der alte.

Die Kosten für den geplanten Neubau betragen nach derzeitiger Erkenntnis ca. 1,030 Mio. €, einschließlich aller Nebenkosten. Für die Umgestaltung der Brückenköpfe wären zusätzlich ca. 0,120 Mio. € zu veranschlagen. Die Höhe der Zuschüsse hängt u. A. davon ab, welche Brückenbreite der Zuschussträger (Land Hessen) für förderwürdig hält. Die Förderquote beträgt 75 %, so dass bei voller uneingeschränkter Förderung für den Stegneubau ca. 0,700 Mio. € und für die Brückenköpfe ca. 0,080 Mio. € Zuschüsse zu erwarten sind.

zu **4.4** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.4 05/04)**
Vorlage: VO/0367/2004

In welcher Weise wirkt sich die schleppende Konjunktur in Verbindung mit zum Teil massiven Preiserhöhungen (Strom, Gas) auf die „Zahlungsmoral der Kunden“ der Stadtwerke Marburg GmbH aus? Wird in sozialen Härtefällen auf Forderungen verzichtet bzw. mit Teilzahlungen geantwortet? Findet eine individuelle Schuldnerberatung (auch für Personen mit Sprachschwierigkeiten) statt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadtwerke Marburg GmbH als eines der größeren Unternehmen im Gebiet der Stadt Marburg sind mit zahlreichen Vergaben für Hoch- und Tiefbau und vielfältigen Dienstleistungsaufträgen, in weit überwiegendem Maße an Unternehmen der Region, ein bedeutender Initiator zur Belebung der Konjunktur im heimischen Raum.

Darüber hinaus sorgen die Stadtwerke durch moderate Entwicklungen bei den wichtigsten Tarifen für Strom und Gas trotz zum Teil erheblicher, auch durch Steuern bedingte, Bezugskostensteigerungen dafür, dass die Kaufkraft des Verbrauchers nicht für Energie gebunden wird, sondern diese der Wirtschaft in der Stadt Marburg zu Gute kommen kann.

Wie im übrigen Wirtschaftsleben beobachten auch die Stadtwerke in den letzten drei Jahren eine Zunahme der zu erstellenden Mahnungen um jährlich ca. 10%. Dennoch ist die Zahlungsmoral der Kunden der Stadtwerke noch als gut zu bezeichnen, die endgültigen Zahlungsausfälle liegen deutlich unter dem Durchschnitt der Versorgungsunternehmen in der Bundesrepublik. Dies liegt sicher auch daran, dass Stundungs- und Ratenzahlungen sehr individuell unter Berücksichtigung der jeweiligen persönlichen Verhältnisse ermöglicht werden.

Außerdem bedienen sich die Stadtwerke einer speziellen Softwarelösung zur Erfassung und Bedienung von Kunden mit Zahlungsproblemen. Darüber hinaus beraten die Stadtwerke einzelne Kunden, die der deutschen Sprache nicht in vollem Umfang mächtig sind. Hierzu nimmt z.B. das Personal im Kundenzentrum am Rudolphsplatz an Sprachschulungen in englischer Sprache teil.

Sehr gute Erfahrungen haben die Stadtwerke in der Bedienung und Beratung deutsch-russischer Bürger durch eine Auszubildende, die die russische Sprache sehr gut beherrscht. Dieser Service soll auch in der Zukunft beibehalten und erweitert werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Keller – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.5 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.5 05/04)**
Vorlage: VO/0388/2004

Ist das Bauwerk "Rückhaltebecken Marbach" von den Behörden als funktionsfähig abgenommen worden oder werden die Beanstandungen (Nichteinhaltung Zeitplan, einstürzende Seitenwände, feuchte Straße, Mängel beim Pegelstand....) aus der Serie "Pleiten, Pech und Pannen" die Bürger des Stadtteils weiterhin in Atem halten?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Abnahme nach VOB durch den Fachdienst Tiefbau ist am 20.11.2003 erfolgt. Die Erdarbeiten wurden von dem Büro ETN kontinuierlich überwacht und ein erfolgreicher Einbau schließlich bestätigt. Die wasserrechtliche Abnahme durch die Obere Wasserbehörde wird nach erfolgreichem Probestaubetrieb durchgeführt. Der Probestaubetrieb wird voraussichtlich im Herbst 2004 ausgeführt, weil dann die frische Grasnarbe den verschärften Anforderungen eines Probestaubetriebes gewachsen sein wird. Eine gewöhnliche Einstauung in Folge eines Regenereignisses stellt eine deutlich geringere Belastung für das Becken dar, als der geplante Probestaubetrieb.

Die mangelnde Termintreue bei der Bauabwicklung ist dem ausführenden Unternehmen anzulasten, welches zahlreiche Sachmängel in der Bauphase erzeugt hat, die jedoch durch die konsequente Überwachung durch den Fachdienst Tiefbau und die von ihm beauftragten Büros aufgedeckt und in der Bauphase behoben werden konnten. Die fachkundige Bauüberwachung und Kontrolle hat wesentlich dazu beigetragen, dass am Ende ein abnahmefähiges Bauwerk entstanden ist. Bedenken des Fachdienstes Tiefbau bzgl. der Eignung der ausführenden Firma wurden im Vergabeverfahren nicht angemessen berücksichtigt. Für die Obere Wasserbehörde hat der Zeitverzug während der Baumaßnahme keine Bedeutung.

Bei den „einstürzenden Seitenwänden“ handelt es sich vermutlich um eine Abrutschung der Grasnarbe an der Böschung zur Brunnenstraße. Dieser Mangel wurde durch die längere Bauzeit verursacht, da der Rasen erst spät im Jahr eingesät werden konnte und so im Winter noch nicht an allen Stellen über eine ausreichende Wurzel Ausbildung verfügte. Derartige Mängel können auftreten, im vorliegenden Fall wurde er durch Nacharbeit der ausführenden Firma bei geeigneter Witterung im April dieses Jahres behoben.

Bei der „feuchten Straße“ handelt es sich vermutlich um eine Vernässung in der oberen Brunnenstraße, die auf eine Leckage im städtischen Kanal aus dem Bereich „Höhenweg“ und „Am Engelsberg“ zurückzuführen war. Diese Leckage wurde verschlossen und steht in keinem Zusammenhang mit dem Bau des

Regenrückhaltebeckens.

Die angeführten „Mängel beim Pegelstand“ sind uns nicht bekannt. Anlass für diese Bemerkung könnte eine vorübergehende Absenkung des Dauerstaus während der Ausführung von Restarbeiten bzw. der Mängelbeseitigung im April 2004 gewesen sein.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Keller wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.6 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Alexander Usinger (Nr.6 05/04)**
Vorlage: VO/0368/2004

Wann wird die Straßendecke der Mengelsgasse im Stadtteil Wehrda saniert bzw. erneuert? Der Fahrbahnzustand ist ab den Bushaltestellen aufwärts in einem miserablen Zustand. Besonders vor der Kuppe (Anfang Huteweg) ist der Zustand schon fast als gefährlich zu bezeichnen.

Es antwortet der Bürgermeister:

Eine grundhafte Instandsetzung der Mengelsgasse ist auch aus Sicht des Fachdienstes Tiefbau dringend erforderlich. Die Straße soll deshalb für den Haushalt 2005 zur zweimaligen Herstellung angemeldet werden.

In diesem Jahr sind nur punktuelle Instandsetzungsarbeiten zur Behebung von Unfallgefahren vorgesehen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Usinger wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.7 **Kleine Anfrage der Stadtverordnete Eva Christiane Gottschaldt (Nr.7 05/04)**
Vorlage: VO/0343/2004

Welche Auswirkungen wird die Aufhebung des Zweckentfremdungsgebotes für Wohnraum in Hessen (vgl. Oberhessische Presse vom 5. Mai 2004, Seite „Hessen“) auf das Wohnungsangebot und die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in den einzelnen Stadtteilen von Marburg haben? Wie kann Ghattobildung jeglicher Art verhindert werden?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Der Magistrat bedauert, dass das Zweckentfremdungsverbot aufgehoben wird. Der Magistrat hatte sich in einer Stellungnahme gegenüber dem Hessischen Städtetag, die diese an die Landesregierung weitergeleitet hat, vehement gegen eine generelle Aufhebung gewandt.

Die Aufhebung des Zweckentfremdungsverbotes wird insgesamt auf Marburg bezogen auf das Wohnungsangebot und die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung keine Auswirkungen haben.

Angesichts eines Überangebotes an gewerblichen Flächen in Marburg ist ein Anstieg der Nutzungsänderungen von Wohnraum in Gewerberaum nicht zu

befürchten. Im übrigen bleiben die Beschränkungen durch baurechtliche Vorschriften bestehen.

Für bestimmte innerstädtische Bezirke – z. B. Südviertel und um die Justizbehörden – ist jedoch zu erwarten, dass es mittelfristig zu erheblichen Verschiebungen von Wohnraum zu Gewerberaum kommen könnte.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschaldt – PDS/ML wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu 4.8 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ursula Schulze-Stampe (Nr.8 05/04)**
Vorlage: VO/0385/2004

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, wie die Zuschauerzahlen des hessischen Landestheaters Marburg in der Broschüre „Kulturwirtschaft des Landes Hessen“, herausgegeben vom Hessischen Wirtschaftsministerium, zustande gekommen sind?

Es antwortet der Bürgermeister:

Im soeben erschienenen 1. Hessischen Kulturwirtschaftsbericht, herausgegeben vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sowie dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, wurde die Besuchszahl für das Hessische Landestheater Marburg mit 56.000 angegeben. Die abgerundete Zahl stammt aus der Theaterstatistik 2000/2001 des Deutschen Bühnenvereins, umfasst aber nur die Besucherzahl am Standort Marburg. Nicht berücksichtigt wurden die 31.750 Besucher von Gastspielen des Hessischen Landestheaters, die zugleich hessische Landesbühne ist. Den Wegfall der Gastspiel-Besucherzahl begründete die verantwortliche Redakteurin damit, dass es sich um einen hessischen Bericht handle und Gastspiele möglicherweise auch außerhalb Hessens stattfanden.

Mittlerweile ist eine Neuauflage des Hessischen Kulturwirtschaftsberichtes in Arbeit. Für diesen wurde in Aussicht gestellt, die gesamte Besucherzahl des Hessischen Landestheaters am Standort Marburg und bei Gastspielen anzugeben.

zu 4.9 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr.9 05/04)**
Vorlage: VO/0369/2004

Wann geht die neue Homepage der Stadt Marburg online?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Internetauftritt der Stadt Marburg wird völlig neu konzipiert und ist von daher insgesamt völlig zu überarbeiten. Dies gilt nicht nur für den technischen, sondern auch für den inhaltlichen Teil. Die technischen Grundstrukturen und das grundlegende Layout wurden im Dezember 2003 von einer Arbeitsgruppe (Stadtverwaltung, Stadtwerke, GeWoBau, DBM, MTM und Softwarefirma des Content-Management-Systemes) erarbeitet. Aufgrund der Komplexität des Internetauftrittes – auch die Freischaltung des Sitzungsdienstverfahrens ALLRIS ist Bestandteil des Neuauftritts - und der vom Parlament beschlossenen

Barrierefreiheit insgesamt müssen die Navigations- und Verzweigungsmöglichkeiten völlig neu geregelt werden. Hierbei wurde schnell deutlich, dass auch die zu gebenden Informationen völlig neu gestaltet und strukturiert werden müssen. Hierbei wird ein großer Wert darauf gelegt, die Informationen auf die Sicht der Nutzer abzustellen und nicht auf die Sicht der Verwaltung (also eine Selbstdarstellung der Verwaltung zu vermeiden). Aufgrund fehlender Personalressourcen hat diese völlige Neukonzeption wesentlich mehr Zeit in Anspruch genommen, als ursprünglich gedacht. Die derzeitige Zeitplanung sieht vor, dass die neue Homepage spätestens zum **19.07.2004** (Beginn der Sommerferien) online geht.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Weinbach – SPD und Dr. Baumann – Bündnis 90/Die Grünen werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.10** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr.10 05/04)**
Vorlage: VO/0375/2004

Aus welchen Gründen ist das Budget des Rechtsamtes schon nach dem ersten Quartal annähernd ausgeschöpft?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es wird mitgeteilt, dass die im Rechtsservicebudget enthaltenen Mittel zu 92 % aus Versicherungsbeiträgen (vertragliche Pflichtausgaben) bestehen, die allesamt zum 01.01.2004 fällig und abgebucht wurden.

Von dem auf 35.000,- Euro gekürzten Ansatz für Gerichts- und Anwaltskosten wurde bereits bis zum 10.05.2004 ein Betrag in Höhe von 19.180,- Euro verausgabt, da zahlreiche Verfahren aus früheren Jahren im 1. Quartal 2004 abgeschlossen wurden.

Bis Anfang Mai 2004 sind bereits 65 neue Gerichtsverfahren anhängig geworden.

zu **4.11** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr.11 05/04)**
Vorlage: VO/0376/2004

Wann werden die Absperrungen im Cappeler Wald nahe der Königsbergerstraße wieder aufgehoben bzw. besteht noch Gefahr von Blindgängern?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Eine Gefahr von Blindgängern besteht im durch den Kampfmittelräumdienst untersuchten Bereich im Cappeler Wald nicht.

Die Absperrungen sind aber noch solange notwendig, bis dort die offenen Baugruben wieder verfüllt worden sind. Da dort in den alten Bombentrümmern ein hoher Hausmüllanteil vorgefunden wurde, durfte das ausgehobene Material nicht mehr zu Wiederauffüllung genutzt werden. Nach Gesprächen mit dem Fortsamt Marburg hat der Fachdienst Umwelt und Naturschutz die Entsorgung des Mülls übernommen, da dem Forstamt

nach Bekunden von dort die notwendigen Mittel fehlen.

Da das Waldstück nicht mit großem Baggergerät befahren werden kann, ist eine aufwendige und teure Handarbeit notwendig.

Sobald die Finanzierung und der Weg der Entsorgung steht, wird das notwendige Verfahren durch den Fachdienst 69 in die Wege geleitet. Es wird damit gerechnet, dass die Entsorgung bis zu den Sommerferien abgeschlossen wird und dann die Absperrungen aufgehoben werden können.

zu **4.12** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.12 05/04)**
Vorlage: VO/0358/2004

Wie weit sind die Verhandlungen der Stadt Marburg mit der katholischen und der evangelischen Kirche in Marburg über eine Rahmenvereinbarung zur Ablösung der Kirchenbaulasten gediehen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Am 17.12.2003 wurde die Rahmenvereinbarung von den katholischen und evangelischen Kirchen in Hessen, den kommunalen Spitzenverbänden sowie dem Land Hessen unterzeichnet. Nach Zugang dieser beschlossenen Rahmenvereinbarung wurden die kommunalen Beteiligungen an Baumaßnahmen, die nach dem 01.07.2000 geleistet wurden, ermittelt und angerechnet.

Die ermittelte Ablösesumme für die Stadt Marburg beträgt zurzeit knapp 80.000 € per Anno, fällig ab 2005 für 10 Jahre.

Die Rahmenvereinbarung mit den eingerechneten Zahlungen der Stadt Marburg wurde den katholischen Kirchengemeinden Schröck, Ginseldorf und Bauerbach zugesandt. Die Kirchengemeinden Ginseldorf und Bauerbach haben den ermittelten Beträgen zugestimmt. Die Kirchengemeinde Schröck hat den ermittelten Zahlen nicht zugestimmt und erwartet von der Stadt Marburg Unterstützung bei der Ermittlung des Wertes ihres Gotteshauses.

Das Kirchliche Rentamt in Marburg erhielt stellvertretend für alle evangelischen Kirchengemeinden in Marburg die Rahmenvereinbarung mit den ermittelten Zahlen. Seitens des Rentamtes wurde bereits im Vorfeld telefonisch Kritik am Zahlenwerk geäußert.

Mit dem Kirchlichen Rentamt wurde ein gemeinsamer Gesprächstermin Anfang Juni anberaumt, um die offenen Fragen auszuräumen.

Grundsätzlich ist aber festzuhalten, dass es nicht in der Verantwortung der Stadt Marburg liegt Nachbesserungen zu erarbeiten, sondern der Vertragsparteien, die die Rahmenvereinbarung beschlossen haben.

zu **4.13** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.13 05/04)**
Vorlage: VO/0377/2004

An wie vielen Tagen waren die Lahnuferparkplätze in den vergangenen 12 Monaten wegen Überflutung gesperrt, und kann der Magistrat andere Städte benennen, in denen trotz der ökologischen Schäden Flusssufer als Parkplätze ausgewiesen sind?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In den vergangenen 12 Monaten waren die Lahnuferparkplätze 4 mal jeweils für einige Tage gesperrt.

Bekannt ist u. a., dass in Städten entlang von Rhein und Mosel Flussufer als Parkplatze ausgewiesen sind.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster – PDS/ML wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.14** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.14 05/04)**
Vorlage: VO/0378/2004

Wie rechtfertigt der ansonsten so sparsam bewusste Dezernent Dr. Franz Kahle vor dem Hintergrund der Haushaltslage die Tatsache, dass zahlreiche öffentliche Termine auch in der Kernarbeitszeit ohne zwingenden fachlichen Grund von allen drei hauptamtlichen Dezernenten wahrgenommen werden?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Die Fragestellung geht leider an den Tatsachen vorbei.

Trotz sparsamen Umgangs mit der Zeit würden die drei Hauptamtlichen sicherlich gerne mehr öffentliche Termine – auch gemeinsam – wahrnehmen. Wir bemühen uns durch Absprachen – auch mit den ehrenamtlichen Stadträten/-innen -, dass zumindest immer ein Vertreter des Magistrats anwesend ist, wenn der Magistrat oder die Hauptamtlichen persönlich eingeladen worden sind.

Bei offiziellen Besuchen aus Partnerstädten, Ehrungsverleihungen im Rathaus und sehr heraus gehobenen Terminen (z. B. Einführung des Präsidenten der Universität) bemühen wir uns, teilzunehmen. Leider ist dies nicht immer möglich, da auch Dezernenten nicht über die Gabe der Bilokation verfügen.

Nur eine Sache machen wir – soweit es geht – gemeinsam: Das ist alles das, was mit Sozialer Stadt Richtsberg zu tun hat. Grund: Weil die Sache uns so wichtig ist und alle drei Dezernate beteiligt sind.

Ansonsten gilt: Wir würden uns eigentlich noch viel öfter bei Veranstaltungen treffen und freuen uns auch, dort MagistratskollegInnen und Stadtverordnete anzutreffen. So kann manches auch mal zwischendurch besprochen werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster – PDS/ML wird ebenfalls durch den Stadtrat beantwortet.

zu **4.15** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alev Laßmann (Nr.15 05/04)**
Vorlage: VO/0371/2004

Wie hoch ist der Betriebszuschuss pro Besucher für das Hessische Landestheater im Vergleich der Landesbühnen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die aktuellste Statistik des Deutschen Bühnenvereins bezieht sich auf die Spielzeit 2001/2002. Diese führt für die insgesamt zwölf deutschen Landesbühnen folgende Betriebszuschüsse pro Besucher auf: Ich lese in der Reihenfolge abnehmender Zuschüsse vor:

Wittenberg	77 €
Stendal	67 €
Parchim	60 €
Esslingen	59 €
Neuss	58 €
Castrop-Rauxel	45 €
Bruchsal	41 €
Dinslaken	39 €
Memmingen	38 €
Tübingen	38 €
Eisleben	36 €
Marburg	27 €.

Das Hessische Landestheater Marburg als letztgenannte Landesbühne arbeitet also mit den geringsten Betriebszuschüssen pro Besucher in ganz Deutschland.

Um 18:38 Uhr übernimmt wieder der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer – SPD-Fraktion die Sitzungsleitung.

zu 4.16 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.16 05/04)**
Vorlage: VO/0382/2004

Die Müllbehälter auf den Lahnwiesen, speziell an der Abendrothbrücke, sind häufig überfüllt. Kann der Magistrat dafür Sorge tragen, dass größere oder mehr Müllgefäße aufgestellt werden oder das alternativ die vorhandenen Gefäße wesentlich häufiger geleert werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Bereich der Abendrothbrücke wurden zwischenzeitlich bereits 2 größere Papierkörbe (120 Liter) aufgestellt.

Auf den Lahnwiesen, beginnend ab dem Bereich Schützenpfehlbrücke bis zum Bereich Brücke Mühlgraben/Behördenzentrum, befinden sich auf jedem Abschnitt 2 Großpapierkörbe mit einem Volumen von 100-120 Litern. Dies bedeutet einen Abstand von ca. 50-75 Metern zwischen den Behältern. Insofern wird hier schon den Erfordernissen an eine hohe Dichte Rechnung getragen. Die Papierkörbe entlang der Lahnwiesen werden darüber hinaus im Zeitraum von April bis September von Montag bis Samstag täglich geleert. Außerdem wird parallel dazu auch Papier und Unrat durch Mitarbeiter des DBM aufgelesen.

Die Aufstellung weiterer Gefäße auf den besonders intensiv frequentierten Bereichen scheint zunächst optisch nicht sehr vorteilhaft, da das ansprechende Landschaftsbild nicht durch Papierkörbe geprägt werden sollte. Hier wird geprüft werden, an welchen Stellen dies dennoch vertretbar erscheinen könnte.

Die deutliche Erhöhung der Leerungsintervalle kann nur bedeuten, dass die Gefäße in den Sommermonaten, also bei entsprechender Nutzung, zweimal täglich, wie bisher vormittags und zusätzlich in den frühen Abendstunden, geleert werden. Dies führt zwangsläufig zu einer Erhöhung der Kosten für die Reinigung. Der DBM prüft zur Zeit, welche zusätzlichen Kosten für die Umsetzung dieser Maßnahme entstehen würden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell – SPD-Fraktion wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.17** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr.17 05/04)**
Vorlage: VO/0384/2004

Warum wurde das Buswartehäuschen in der Rentmeisterstraße, Haltestelle 4, Richtung Richtsberg, abgebaut?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die durch das Kurhessische Plakatinstitut finanzierte Wartehalle der Linie 4 in Richtung Richtsberg an der Haltestelle Raiffeisenstraße wurde zur Haltestelle Behringwerke umgesetzt, da die Nutzung der Wartehalle nur sehr gering war.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schaffner – CDU-Fraktion wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.18 05/04)**
Vorlage: VO/0372/2004

Wann und wo fanden die letzten Straßenkontrollen bezüglich Anrampungen von Bordsteinen statt, und wie viel Beanstandungen wurden ausgesprochen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Anrampungen sind ungenehmigte private Einbauten im öffentlichen Verkehrsraum. Diese stellen Unfallgefahren dar und müssen deshalb beseitigt werden.

Insgesamt wurden bei den regelmäßigen Straßenkontrollen ca. 220 Anrampungen verschiedenster Art (Betonkeile, Asphaltkeile, abgeschnittene Bordsteine, Holzbohlen etc.) festgestellt.

Die Aufforderung an die Eigentümer zur Beseitigung der Anrampungen erfolgt stadtteilweise. Die mit dem Rechtsservice abgestimmten Anschreiben wurden bisher in folgenden Stadtteilen zugesandt:

Schröck
Bauerbach
Cyriaxweimar
Einhausen
Wehrshausen
Marbach

Dagobertshausen
Michelbach
Cappel
Ginseldorf
Ronhausen
Bortshausen
Dilschhauen

Zusatzfragen der Stadtverordneten Ludwig – MBL und Heck - CDU werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.19** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.19 05/04)**
Vorlage: VO/0386/2004

Wie haben sich in den letzten drei Jahren die Zuschüsse zu den Kindergartengebühren entwickelt und wie viele Eltern wurden seit der Erhöhung der Kindergartengebühren im letzten Jahr Zuschüsse in welcher Höhe gewährt?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Die Zuschüsse zu den Kindergartengebühren sind in den letzten drei Jahren kontinuierlich angestiegen. Sie betragen in Jahr

2001	679.031 €
2002	698.955 €
2003	724.197 €.

Genauere Angaben darüber, wie sich die Erhöhung der Gebühren und die erweiterten Regelungen der Gebührenerstattung auf die Zahl der anspruchsberechtigten Eltern auswirken, können wir im Moment noch nicht machen, da wegen z.T. noch fehlender Unterlagen nicht alle Anträge bearbeitet sind. Der FD Kindertagesbetreuung erstellt für dieses Kindergartenjahr eine Übersicht, aus der folgende Angaben hervorgehen werden:

- Zuschussgewährung im Januar 2004 vor Inkrafttreten der neuen Zuschussrichtlinien und der Erhöhung der KiTa-Gebühren: Anzahl der Gebührenerstattungen nach Art des Platzes und Zuschuss-/Nachlassstufe.
- Zuschussgewährung im Mai/Juni 2004: Anzahl der Gebührenerstattungen nach Art des Platzes und Zuschuss-/Nachlassstufe insgesamt, sowie Neufälle nach neuer Zuschussrichtlinie.

In dieser Übersicht, die erst nach Bearbeitung der in diesem Kindergartenjahr eingehenden Anträge vollständig ist, werden die Auswirkungen der Änderungen vom 1. Februar 2004, insbesondere die Zahl der betroffenen Eltern und die tatsächlichen Erstattungsstufen und die Höhe der Zuschüsse, umfassend abgebildet werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Severin – SPD wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.20** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.20 05/04)**

Vorlage: VO/0379/2004

Wann wird die Wegesicherung des Fußweges zwischen der Sankt-Martin-Straße (Höhe des Hauses Sankt-Martin-Straße 6) und dem Waidmannsweg durch eine entsprechende (Straßen-/Weg-) Beleuchtung verbessert?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Beleuchtung des Fußweges wurde bereits mehrfach durch die Waldtalgemeinde beantragt. Eine durch die Stadtwerke Marburg durchgeführte Überprüfung hat jedoch ergeben, dass die Errichtung einer Beleuchtungsanlage - Kosten ca. 10.000,00 € - nicht dringend erforderlich ist, da zumutbare gut ausgeleuchtete Umgehungen über die Sankt-Martin-Straße bzw. den Waidmannsweg zur Verfügung stehen.

zu 5 **Übernahme einer Bürgschaft für die GeWoBau
hier: 147.000 € für das Solarstromprojekt
Vorlage: VO/0355/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg übernimmt gemäß § 104 Abs. 2 i. V. mit § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH (GeWoBau) bis zur Höhe von 147.000 €.

Die Bürgschaft dient zur Sicherung der Einlagen der Privatanleger im Photovoltaik-Projekt.

Für die Bürgschaft hat die GeWoBau eine Bürgschaftsprovision von 0,5 % des jeweils verbürgten Restbetrages zu leisten.

Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

zu 6 **Wahl eines Mitglieds der Betriebskommission des DBM
Vorlage: VO/0306/2004**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster – PDS/ML-Fraktion.

Die BFM-Fraktion hat als Nachfolger für das ausgeschiedene Mitglied der Betriebskommission des DBM Dietrich Prochnow vorgeschlagen:

Jörg Grunwald, geboren 1941, wohnhaft: hier, Stadtwaldstraße 22.

Weitere Vorschläge wurden nicht vorgelegt.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den vorgeschlagenen zu wählen. Zur Vereinfachung des Verfahrens kann offen durch Handzeichen abgestimmt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herr Jörg Grunwald, geboren 1941, wohnhaft: hier, Stadtwaldstraße 22

wird als wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Person in die Betriebskommission des DBM gewählt.

zu 7 **Neuwahl der Schöffen für die Periode 2005 - 2008**
Vorlage: VO/0339/2004

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster – PDS/ML-Fraktion.

Im Wahlvorbereitungsausschuss wurde die ausgedruckte Vorschlagsliste für die Neuwahl der Schöffinnen und Schöffen noch ergänzt. Die vervollständigte Liste liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorschlagsliste so zu beschließen.

Erforderlich ist für eine gültige Beschlussfassung die Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Amtsgericht Marburg werden als Schöffinnen und Schöffen für die Jahre 2005 bis 2008 die in der beiliegenden Liste enthaltenen Personen vorgeschlagen.

zu 8 **Erweiterung der zweijährigen Fachoberschule für Sozialwesen an der Käthe-Kollwitz-Schule um die Organisationsform A (Jahrgangsstufen 11 und 12)**
Vorlage: VO/0158/2004

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser – SPD-Fraktion.

Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

die Fachoberschule für Sozialwesen an der Käthe-Kollwitz-Schule ab dem Schuljahr 2005/2006 auch in der Organisationsform A anzubieten und den Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen, Teilplan E, unter Ziffer 3 - Schulorganisation - entsprechend fortzuschreiben.

zu 9 **Erweiterung der Fachoberschule an der Adolf-Reichwein-Schule (ARS) in Form A und B um den Schwerpunkt Gestaltung zum Schuljahr 2005/06**
Vorlage: VO/0248/2004

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser – SPD-Fraktion.

Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Erweiterung der Fachoberschule an der ARS (Form A und B) um den Schwerpunkt Gestaltung zum Schuljahr 2005/06 wird zugestimmt.
2. **Der Schulentwicklungsplan für die Beruflichen Schulen, Teilplan E, Ziffer 3 „Schulorganisation“ wird entsprechend fortgeschrieben.**

zu 10 **Eröffnungsbilanz des Fachdienstes Bäder zum 01.01.2003**
Vorlage: VO/0326/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion.

Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die geprüfte Eröffnungsbilanz des Fachdienstes Bäder zum 01.01.2003 wird beschlossen.

zu 11 **Dringlichkeitsanträge**

zu 12 **Anträge der Fraktionen**

zu 12.1 **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. 'Aktion saubere Schule'**
Vorlage: VO/0270/2004

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dieser Tagesordnungspunkt war an das Kinder- und Jugendparlament zur Beratung überwiesen worden. Da zwischenzeitlich kein Ergebnis von den dortigen Beratungen vorliegt, soll der Antrag so beschlossen werden.

Die Beschlussfassung soll dem Kinder- und Jugendparlament zur Kenntnis gegeben werden.

Die CDU-Fraktion ist dem Antrag beigetreten.

Die Stadtverordnete Lakner – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen berichtet aus dem Kinder- und Jugendparlament, dass von dort die Zustimmung signalisiert wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem KiJuPa für die Marburger Schulen einen Wettbewerb „Aktion saubere Schule“ auszuschreiben.

Der Beschluss soll dem Kinder- und Jugendparlament zur Kenntnis gegeben werden.

zu 12.2 **Antrag der BfM-Fraktion betr. Hohe Leuchte / Umdrehen der Vorfahrtsberechtigung
Vorlage: VO/0299/2004**

Die Vorlage ist im Umweltausschuss zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

zu 12.3 **Antrag der BfM-Fraktion betr. DB / RMV -Flughafen-Express (Frankfurt/Main - Airport-Express)
Vorlage: VO/0300/2004**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Umweltausschuss hat empfohlen, den Antrag auch dem Haupt- und Finanzausschuss für seine nächste Sitzung zu zuleiten.

Dennoch wird er für die heutige Sitzung zur Annahme empfohlen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, auf den Rhein-Main-Verkehrsverbund/die Deutsche Bahn AG einzuwirken, mit dem Ziel der Einrichtung eines Flughafen-Express-Zuges, der auch „Hessen-Express“ genannt werden könnte, mit dem Ausgangspunkt Kassel und dem Zielpunkt Wiesbaden und dem Zwischenziel Frankfurt/Main-Flughafen.

zu 12.4 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Bushaltestelle Frankfurter Straße**

Vorlage: VO/0322/2004

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser – SPD-Fraktion.

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Auch der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die CDU-Fraktion hat zu Protokoll gegeben, dass sie dem Antrag zustimmen wird, wenn auf die Stadt Marburg keine Kosten zukommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei 3 Enthaltungen aus der CDU und der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Bushaltestelle „Frankfurter Straße“ (Schwanallee /Gisselbergerstraße stadtauswärts) umzubenennen in „Theater am Schwanhof“.

zu 12.5 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrsanbindung höher gelegener Wohngebiete**
Vorlage: VO/0327/2004

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Meyer – SPD-Fraktion-

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss behandelt. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion.

Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg möge prüfen, ob eine Möglichkeit der Verkehrsanbindung in den abseits gelegenen Höhenlagen, zum Beispiel „Am Wannkopf“ oder „An der Haustatt“, geschaffen werden kann.

zu 12.6 **Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Abschaffung der**

Berufsschulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag
Vorlage: VO/0328/2004

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser – SPD-Fraktion.

Auf Antrag des Stadtverordneten Keller wurde die Vorlage in sofern abgeändert, als nach dem Wort „aufgefordert“ die Worte „zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ eingefügt wurden. Außerdem wurde empfohlen die Vorlage auch im Sozialausschuss und im Jugendhilfeausschuss beraten zu lassen.

Die so abgeänderte Vorlage wird zur Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu berichten, welche bildungspolitischen, sozialen und finanziellen Auswirkungen die von der Landesregierung beschlossene Abschaffung der Berufsschulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag für die Stadt Marburg als Schulträger bzw. Sozial- und Jugendhilfeträger hat.

Ferner wird die Vorlage an den Sozialausschuss und den Jugendhilfeausschuss zur Beratung überwiesen.

zu 12.7 **Antrag der PDS-Fraktion betr. Rampe für Kinderwagen und Rollstühle am Südbahnhof**
Vorlage: VO/0338/2004

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Bündnis 90/Die Grünen.

Im Umweltausschuss wurde vorgeschlagen, diesen Antrag auch an den Behindertenbeirat zu überweisen.

Im Übrigen empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Meyer – SPD-Fraktion.

Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Behandlung im Behindertenbeirat und auch im Seniorenbeirat.

Weiterhin empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat veranlasst umgehend, dass die Treppe am Südbahnhof zum Gleis Richtung Gießen verlängert und zu einer Rampe umgebaut wird, um so den Zugang für Rollstühle und Kinderwagen zu gewährleisten.

zu 12.8 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Öffentlicher**

Personennahverkehr
Vorlage: VO/0346/2004

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzender Stadtverordneter Meyer – SPD-Fraktion.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss behandelt. Es berichtet der Vorsitzender Stadtverordnete Becker – SPD-Fraktion.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die bislang noch nicht mit dem ÖPNV bedienbaren Talrandlagen der Stadt zukünftig angebunden werden können. Dabei soll auch in die Überlegungen mit einbezogen werden, ob sich das System des Anruf-Sammel-Taxis für diese Zwecke eignet.

Wenn die Lösung des Problems mit den Fahrzeugen des Anruf-Sammeltaxis denkbar wäre, soll skizziert werden, welche weiteren sinnvollen Erweiterungen oder Qualitätsverbesserungen mit diesem ÖPNV-Baustein umsetzbar wären und welche Kosten damit verbunden sind.

Insbesondere soll geprüft werden, ob und unter welchen Umständen mit Hilfe von „Komfortzuschlägen“ auch Fahrten ohne Umstieg auf Abendlinien denkbar sind. Veränderungen des Preisgefüges, die dafür notwendig wären, sollen errechnet und vorgestellt werden.

zu 12.9 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Unterstützung der Proteste gegen Rechtsextremisten**
Vorlage: VO/0347/2004

Zu diesem Antrag berichtet der Stadtverordnetenvorsteher aus der Sitzung des Ältestenrates. Der Antrag der PDS/ML-Fraktion ist am 25. Mai 2004 im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat sich darauf verständigt, im Ältestenrat einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu diesem Thema zu erarbeiten. Dies hat der Ältestenrat in seiner Sitzung am 27. Mai 2004 getan. Die neue Antragsformulierung, die von allen Fraktionen getragen wird, wurde den Stadtverordneten auf die Plätze gelegt.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt zum Thema noch ein Statement im Namen des gesamten Hauses ab und geht auch auf die bisher erfolgten Beschlüsse in dieser Angelegenheit ein. Er weist auch auf einen Beschluss des Ausländerbeirates hin, der sich mit dem Thema in seiner letzten Sitzung befasst

hat.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag aller Fraktionen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, die Proteste der Marburger BürgerInnen gegen das Auftauchen von Rechtsextremisten noch stärker als bisher zu unterstützen:

- indem er als Mitveranstalter eine Informationsveranstaltung für die BürgerInnen zu diesem Thema einberuft;
- indem er die Öffentlichkeit über die geplanten Demonstrationen gegen Rechtsextremisten informiert;
- indem er sich bei Marburger Organisationen, in denen die BürgerInnen sich engagieren, z.B. bei Vereinen, Verbänden, Schulen, Initiativen, Kirchengemeinden dafür einsetzt, am Protest mitzuwirken;
- indem er mit allen juristischen Mitteln versucht, die Demonstrationen der Rechtsextremisten zu verhindern oder zumindest zu erschweren.

Das Stadtparlament appelliert an alle Marburger Bürgerinnen und Bürger, sich an den Aktionen zu beteiligen und zu zeigen, dass Rechtsextremisten in Marburg unerwünscht sind.

**zu 12.10 Antrag aller Fraktionen außer MBL betr. Gender Mainstreaming
Vorlage: VO/0351/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Ausschuss für Verwaltungs- und Parlamentsreform berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Faecks – BfM-Fraktion.

Auch dieses Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Wie zuvor vereinbart, spricht die Stadtverordnete Gottschlich – CDU-Fraktion zum Verhandlungsgegenstand und erläutert insbesondere den Begriff „Gender Mainstreaming“.

Anschließend spricht der Stadtverordnete Dr. Huesmann zur Sache und geht insbesondere auf das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion (Enthaltung) zu diesem Antrag ein.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung sieht sich dem Prinzip des Gender Mainstreaming verpflichtet. Daher soll dieses Verfahrensprinzip zukünftig durchgängig und grundsätzlich bei allen Entscheidungen und Maßnahmen auf allen Ebenen der Stadt Marburg angewandt werden. Als ersten Schritt zur Umsetzung des Gender Mainstreaming in unsere kommunale Praxis, sollen ab sofort sukzessive alle relevanten statistischen Daten geschlechtsspezifisch erfasst bzw. aufgearbeitet werden. Der Magistrat soll zusätzlich Pilotbereiche benennen, in denen das Prinzip in besonders vorbildlicher Weise zuerst zur Anwendung kommen wird. Auch bei der Vergabe freiwilliger Leistungen soll das Kriterium Geschlechtergerechtigkeit Anwendung finden, etwa durch die Einführung einer entsprechenden Berichtspflicht.

zu 13 Kennnismnahmen

**zu 13.1 Bewerbung für den Hessischen Familientag 2005
Vorlage: VO/0340/2004**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das vom Fachdienst Kultur in Abstimmung mit dem Fachbereich III Familie, Jugend und Soziales abgestimmte endgültige Konzept zur Bewerbung für den Hessischen Familientag 2005 zur Kenntnis.

**zu 13.2 Haushalt 2005
hier: Eckwerte und Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: VO/0332/2004**

Die Stadtverordnetenversammlung von den Beschlüssen des Haupt- und Finanzausschusses Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Weinbach
Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Oppermann

Wagner

Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Protokoll und
Geschäftsstelle